

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/8991 –**

Atomare Mittelstreckenwaffen aus Europa verbannen – Europäischen INF-Vertrag verhandeln

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion liegt es im europäischen Interesse, zumindest zuerst für Europa eine Folgevereinbarung des INF-Vertrages abzuschließen. Deshalb ist es, so der Antragstext weiter, im deutschen Interesse, dass die europäischen NATO-Partner eine Initiative entwickeln, für Europa vom Atlantik bis zum Ural eine vertragliche Vereinbarung zu finden, welche die Bedrohung Europas durch atomare Mittelstreckenwaffen wirksam und überprüfbar abschließt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, 1. unverzüglich die Initiative zu ergreifen für den Abschluss eines Abkommens Deutschlands mit den übrigen europäischen Nationen zur Verbannung atomarer Mittelstreckenraketen vom europäischen Kontinent; 2. diese Initiative in allen Phasen eng und vertrauensvoll mit den NATO-Partnern abzustimmen; 3. flankierend hierzu die Verteidigungsfähigkeit der europäischen NATO-Partner im konventionellen Bereich wiederherzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/8991 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Christian Schmidt (Fürth)
Amtierender Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Heiko Hänsel
Berichterstatterin

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Nils Schmid, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Heike Hänsel und Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/8991** in seiner 107. Sitzung am 27. Juni 2019 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion liegt es im europäischen Interesse, zumindest zuerst für Europa eine Folgevereinbarung des INF-Vertrages abzuschließen. Deshalb ist es, so der Antragstext weiter, im deutschen Interesse, dass die europäischen NATO-Partner eine Initiative entwickeln, für Europa vom Atlantik bis zum Ural eine vertragliche Vereinbarung zu finden, welche die Bedrohung Europas durch atomare Mittelstreckenwaffen wirksam und überprüfbar ausschließt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, 1. unverzüglich die Initiative zu ergreifen für den Abschluss eines Abkommens Deutschlands mit den übrigen europäischen Nationen zur Verbannung atomarer Mittelstreckenraketen vom europäischen Kontinent, 2. diese Initiative in allen Phasen eng und vertrauensvoll mit den NATO-Partnern abzustimmen, 3. flankierend hierzu die Verteidigungsfähigkeit der europäischen NATO-Partner im konventionellen Bereich wiederherzustellen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/8991 in seiner 92. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/8991 in seiner 83. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 9. Juni 2021

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

